

**Antrag 81/II/2024****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Solidarität in der Asylpolitik erhalten**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-  
2 desregierung und des Bundestages dazu auf, sich für die  
3 Verhinderung bzw. die Rücknahme der im „Sicherheitspa-  
4 ket“ vorgeschlagenen Regelungen zur Einschränkung von  
5 Sozialleistungen für Asylsuchende sowie Schließung der  
6 Binnengrenzen einzusetzen.

7

**Begründung**

9 Die Ampelkoalition hat mit dem sog. „Sicherheitspaket“  
10 sinnvolle Vorschläge zur Terrorismusabwehr unterbreitet.  
11 Messerverbote und erweiterte Befugnisse für die Sicher-  
12 heitsbehörden werden einen Beitrag zu mehr Sicherheit  
13 in Deutschland leisten.

14

15 Fraglich ist jedoch, welchen Beitrag zur inneren Sicherheit  
16 beispielsweise Leistungskürzungen für Asylbewerber\*in-  
17 nen leisten sollen bzw. können. All jene Geflüchteten, die  
18 zuvor in einem anderen EU-Land registriert sind oder wa-  
19 ren, verlieren ihre Ansprüche auf den Sozialleistungsbe-  
20 zug, wenn der zuständige Mitgliedsstaat der Rücküber-  
21 nahme zugestimmt hat. Das stellt einen solidarischen  
22 europäischen Verteilschlüssel in Frage, stellt sich gegen  
23 den bisherigen Kurs der Bundesregierung und schafft eine  
24 Grundlage für andere EU-Staaten, neue Verteilerschlüssel,  
25 die vom Dubliner Übereinkommen abweichen, heute und  
26 in Zukunft in Frage zu stellen.

27

28 Die Maßnahmen werden sich katastrophal auf die Be-  
29 troffenen auswirken. Geduldete Geflüchtete, die ohnehin  
30 nur selten eine Arbeitserlaubnis bekommen, wird so fak-  
31 tisch die Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Zu ei-  
32 ner Rückführung in die Heimatländer wird das nicht füh-  
33 ren, da bisher entsprechende Rückführungsabkommen  
34 mit den Herkunftsstaaten ausbleiben. Durch die Genera-  
35 lisierung der Maßnahmen werden so Menschen, die vor  
36 Krieg & Terror fliehen, getroffen, anstelle jener, die ihn ver-  
37 ursachen.

38

39 Die Bundesregierung bekräftigt mit ihrem sog. „Sicher-  
40 heitspaket“ einen Generalverdacht, mit dem Geflüchte-  
41 ten gegenübergetreten wird und stützt so rechte Erzäh-  
42 lungen von mehrheitlich kriminellen Asylsuchenden. Dass  
43 ukrainische Geflüchtete von der Regelung ausgenommen  
44 sind, schafft ein Bild, in dem Gewalt und Kriminalität  
45 besonders Geflüchteten nicht-europäischer Herkunft zu-  
46 zuschreiben ist. Das Erzeugen dieses Bildes halten wir  
47 für den rassistischen Versuch, Asylsuchenden bestimmter

- 48 ethnischer Herkunft, soziale Partizipation und ein Leben
- 49 in Würde zu verwehren